

KARL-HEINZ GRÄFE

1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa

Das Erbe Stalins und der Neue Kurs in Moskau

Das als Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft ausgebaute Sowjetsystem stalinistischen Typs¹ war schon vor dem Tode des Diktators, der dieses System drei Jahrzehnte lang geprägt hatte, in eine Sackgasse geraten. Die Überwindung der Krise erforderte die Anwendung von Reformen; der Vorgang als Ganzes besaß historische Dimension. Das war jedoch der Erbgemeinschaft des »Vaters aller Völker«, das heißt den Völkern und politischen Eliten des Imperiums, nur zum Teil bewußt.

Stalins Tod löste Trauer und Hilflosigkeit, aber auch zaghafte bis übertriebene Hoffnungen, verhohlene und offene Freude aus. Um ihrer eigenen Existenz willen suchten seit März 1953 drei Diadochen nach Wegen aus der Krise: Georgij Malenkov, der zweite Mann nach Stalin, der zum Ministerpräsidenten aufrückte, Lavrentij Berija, der langjährige Verwalter des Repressivapparates (Innenministerium einschließlich GULAG und Sonderkomitees für Atomfragen), der nun auch noch das KGB erhielt, und der Moskauer Stadtpartei- und Nikita Chruschtschow, der zum primus inter pares im ZK-Präsidium der KPdSU aufstieg. Der sogenannte Neue Kurs, den der Regierungschef erst am 8. August 1953 offiziell für das Mutter- und Kernland des Imperiums verkündete, kam vor allem auf Initiative Berijas unmittelbar nach Stalins Tod in Gang. Inzwischen ist durch Archivreise ausreichend belegt, daß dieser bis zu seiner Verhaftung am 26. Juni 1953 auf breiter Front Stalins Innen- und Außenpolitik am aktivsten korrigierte.² Der Neue Kurs beinhaltete keinen Systemwechsel, sondern zunächst Schritte, um das Sowjetsystem von selbstzerstörerischen Elementen wie dem Massenterror gegenüber der Dienstelite und beachtlichen Teilen der Bevölkerung des Vielvölkerreiches zu befreien und schloß die Aufhebung der Verbannung ganzer Völker in Sonderlager ein. Dazu gehörten auch die Korrekturen am zentralistischen kriegskommunistischen Wirtschaftssystem wie die Zurücknahme des 30-Milliarden-Rubel-Projekts eines Turkmenischen Hauptkanals oder der enormen Steuerlast von 40 Milliarden Rubel, die den Kolchosbauern bisher fast alle Einkünfte weggenommen hatte. Der katastrophal niedrige Lebensstandard sollte durch eine bevorzugte Entwicklung der Konsumgüterproduktion und einen Aufschwung in der Landwirtschaft deutlich angehoben werden.

Natürlich war die sowjetische Dienstklasse, von der Willkür des Tyrannen befreit, nicht willens, auf ihre privilegierte soziale und po-

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas; zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt, in: Heft 131, (September 2001).

1 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Weltenwende Oktoberrevolution versus historische Sackgasse? In: Das Jahr 1968. Weichenstellung oder Betriebsunfall »Zwischen Prager Frühling und Pariser Mai, Dresden 1997, S. 214 ff.

2 Vgl. J. N. Žukov: Bor'ba za vlast' v partijno-gossudarstvennyh verchach SSR v vešnoj 1953 goda, in: Voprosy istorii 5-6, Moskva 1996, S. 39 ff.; »Novy Kurs« L. P. Berija, in: istoričeskij archiv 4, Moskva 1996, S. 132 ff.

3 Malenkov, der sich zum »leninschen-stalinschen Weg« bekannte, erklärte auf dem Juli-Plenum 1953: »Hier ist ... vom Personenkult gesprochen worden und man muß dies wohl sagen, falsch gesprochen worden. (Zwischenruf Chrustschows: Einige, die hier nicht gesprochen haben, hegen dieselben Gedanken.) In erster Linie muß man offen zugeben, daß in unserer Propaganda in den letzten Jahren ein Abrücken vom marxistisch-leninistischen Verständnis über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte zu verzeichnen war ... Aber ... es liegt nicht nur an der Propaganda. Die Frage des Personenkultes steht in einem direkten ... Zusammenhang mit der Kollektivität innerhalb der Führung.« (Viktor Knoll, Lothar Kölm: Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht, S. 315 f.)

4 Lazar Kaganovič, Mitglied des Präsidiums des ZK und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR vertrat den Standpunkt der meisten kommunistischen Führungskader auf dem ZK-Plenum im Juli 1953: »Aus den ... mitgeteilten Fakten ist ... unschwer zu erkennen, daß Berija die Sache zu einem Umsturz faschistischen Charakters führen wollte. ... Nach dem Tod des Genossen Stalin begann dieser unverschämte Mensch ... Stalin zu diskreditieren. ... Es muß offen gesagt werden, daß wir unter Stalin ... ruhiger gelebt haben, obgleich Genosse Stalin ... in der letzten Zeit nicht mehr so aktiv ... an der Tätigkeit des Politbüros

litische Stellung zu verzichten oder gar die Entfremdung von Macht und Eigentum aufzuheben. In den ersten Monaten nach Stalins Tod waren Malenkov und Berija durch ihr Herrschaftswissen und ihre Stellung im System die maßgeblichen Träger der politischen Kursänderungen. Nicht zuletzt wegen ihrer Einsicht in die Gefahren einer nuklearen Konfrontation für die menschliche Zivilisation lehnten sie entschieden Stalins – seit 1928 unveränderte – fatalistische These von der Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges für das eben begonnene Atomzeitalter ab, lenkten sie die sowjetische Außenpolitik auf eine Deeskalation des Kalten Krieges und auf die Beendigung des heißen Regionalkrieges in Korea.

Das alles geschah weiterhin im Namen Lenins und »seines großen Fortsetzers Stalins«. Liest man die Protokolle und öffentlichen Erklärungen aus dem Jahre 1953, kann man nachvollziehen, daß die sogenannte Kollektive Partei- und Staatsführung weit davon entfernt war, sich offiziell vom Erbe Stalins loszusagen.³ Noch weniger hatte sie ein Interesse, die Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu fördern oder gar eine demokratische Legitimierung ihrer Herrschaft durch freie Wahlen herbeizuführen. Usurpation durch einzelne Personen oder Cliquen blieb an der Tagesordnung. Zunächst organisierte Chrustschow mit Unterstützung Malenkovs und einiger Militärs am 26. Juni 1953 den Sturz der Gruppe um Berija; freilich in stalinscher Manier mit Verhaftungen, Geheimplatz und Hinrichtungen. Der mächtigste der drei Diadochen wurde zum Sündenbock für nahezu alle Verbrechen Stalins gemacht. Dennoch unterstrich Regierungschef Malenkov auch danach den Richtungswechsel.⁴ Der im September 1953 zum Ersten Sekretär des ZK der KPdSU gekürte Chrustschow führte in den folgenden Monaten den Kampf um die Alleinherrschaft unter dem Banner der führenden Rolle der Partei fort, schaltete gemeinsam mit der orthodox-stalinistischen Gruppe um Molotov, Kaganovič und Bulganin 1955 schließlich Malenkov aus und vereinte 1957 erneut Partei- und Staatsmacht in einer Person.

Die Krise im westlichen Randgebiet des Imperiums

Folgeschwer war Stalins Hinterlassenschaft in den westlichen Gebieten des Imperiums, in den osteuropäischen Volksdemokratien. Das CIA-Papier »Wahrscheinliche Konsequenzen von Stalins Tod und der Aufnahme Malenkovs in die Führung der UdSSR« vom 10. März 1953, verfaßt für den Nationalen Sicherheitsrat der US-Administration, prognostizierte einen bevorstehenden Kampf um die Nachfolge, der auch auf Osteuropa ausstrahlen werde können. Die Kontrolle des Kremls über die Satellitenstaaten sei trotzdem gesichert, »da wir nicht glauben, daß sie allein durch den Tod Stalins beeinträchtigt wird.«⁵ Falls der Westen die kritische Lage ausnutze, könne das aber die neue sowjetische Führung zu unüberlegten Schritten provozieren. Doch genau dazu neigte Außenminister Dulles, der einen Tag später auf der Sitzung des Sicherheitsrates forderte, jetzt den Nationalismus hinter dem Eisernen Vorhang zu fördern, um die sowjetische Kontrolle über Osteuropa zu brechen. Schwierigkeiten bei der Versorgung, Unruhen oder Aufstände sollten zum Sturz der volksdemokratischen Regimes genutzt werden.⁶

Die europäischen Volksdemokratien befanden sich infolge der Politik des Diktators und des Kalten Krieges seit Anfang der fünfziger Jahre in einer tiefen Krise.

Seit 1948 hatte Stalin, angeblich um die Sicherheit seines Imperiums zu gewährleisten, unerbittlich den Abbruch der nationalen Wege und eine beschleunigte Sowjetisierung der osteuropäischen Gesellschaften durchgesetzt. Das war einhergegangen mit einer groben Mißachtung nationaler Interessen von Prag bis Tirana, mit der Ausschaltung bürgerlicher, bäuerlicher, christlicher, sozialistischer und kommunistischer Eliten (Edvard Beneš, Hupert Ripka, Bohumil Laušman, Stanisław Mikołajczyk, Ferenc Nagy) sowie mit »Säuberungen« von »Staatsfeinden«, »Verschwörern«, »Nationalisten« und »Zionisten« (Milada Horáková, Jan Ursiny, Rudolf Slánský, Gustav Husák, Vladimir Clementis, Erzbischof Josef Beran; Wladisław Gomułka, Marian Spychalski, Primas Stefan Wyszyński; Belá Kovács, László Rajk, János Kádár, Imre Nagy, Anna Kethly, Kardinal Jozsef Mindszenty; Nikolas Petkov, Traitscho Kostov, Kosta Lulčev; Iliu Maniu, Gheorghe Tătărescu, Lucretiu Pătrășcanu, Vasile Luka, Ana Pauker, Constantin Titel Petrescu; Koci Xoxe, Abediu Shehu, Primas Gaspar Thaci). Moskau stützte sich auf willfährige Statthalter wie Klement Gottwald, Bolesław Bierut, Mátyás Rákosi, Vylko Černenko, Gheorghe Gheorghiu-Dej, Enver Hoxha). Eine Ausnahme blieb der jugoslawische Partisanenführer Marschall Josip Broz Tito, der sich als einziger seit 1948 gegen Stalin wie David gegen den übermächtigen Goliath erfolgreich wehrte. Damit rückte die alte Frage der nationalen Emanzipation der Völker Osteuropas erneut auf die Tagesordnung.

Als der Kalte Krieg durch den auch von Stalin mitverschuldeten Korea-Krieg seit 1950 einem gefährlichen Höhepunkt zustrebte und einen konventionellen und nuklearen Rüstungsschub auslöste, hatte das nachhaltige Folgen auf die durch den Krieg zum Teil arg zerstörten, durch Reparationen und Besatzungskosten geschwächten und ohnehin überwiegend agrarisch geprägten Volkswirtschaften Osteuropas. Die von Stalin am 9. Januar 1951 nachdrücklich angeordnete radikale Umstellung auf das Wettrüsten deformierte und ruinierte die entstehende staatssozialistische Ökonomik vollends, bewirkte eine gravierende Senkung des Lebensstandards der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit wie auch der Arbeiterschaft. Die Akkumulationsmittel für Großprojekte der Industrialisierung und der Aufrüstung aus der Landwirtschaft durch Zwangsablieferung und Kollektivierung oder aus der Arbeiterschaft herauszupressen, war nur noch mittels Repressionen und ideologischer Mobilisierungen möglich.

Der Umstand, daß nach Stalins Tod – außer in der DDR – die Systemkrise vor allem in einem entwickelten mitteleuropäischen Land mit demokratischer Tradition und ohne sowjetische Besatzung, in der Tschechoslowakei, mit Unruhen und Streikbewegungen aufbrach, hatte sehr komplexe Ursachen. Der Abbruch des recht erfolgreichen parlamentarisch-demokratischen und nationalen Entwicklungsweges seit 1948 durch die KPC, die nach Titos KP die einflußreichste kommunistische Kraft in der Region war, ging einher mit einer destruktiven Wirtschaftspolitik nach sowjetischem Muster. In diesem Zeitraum stieg die Industrieproduktion um 67 Prozent, der Ma-

teilnehmen konnte. ... Sofort nach Stalins Tod beeilte er sich, alle diese Fragen aufzuwerfen. Und dies alles, um zu zeigen, seht her, dies ist mein neuer Kurs. Das sah wie eine Revision Stalins aus. Jeder von uns ist davon überzeugt, daß Stalin selbst die Fehler korrigiert hätte« (Ebenda, S. 132 ff.)

5 Zitiert nach Bernd Stöver: Das Umbruchsjahr 1953, in: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 200.

6 Vgl. ebenda

7 Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986, S. 55ff.

8 Lobgesang für Klement Gottwald von Max Zimmering:
 »Der Hradschin weint, sein Antlitz ist vom tiefen Schmerz versteint, Brünn weint und Ostrau, Kladnos Auge trânt, es weint der Kumpel, an das Flöz gelehnt, es weint der Bauer, Flößer an der Waag, es weint mein Prag, es weint die tapfre stolze Moldaustadt, die ihren größten Sohn verloren hat. Ein Mensch verging, an dem die Liebe seines Volkes hing, ein Mensch, der seinem Lande Licht gebracht und der gewacht, daß keiner, den die Niedertracht geschickt, das Licht erstickt. Ein Sohn von Hus, ein Schüler Stalins starb, der sich die Achtung einer Welt erwarb, gewachsen aus dem Proletariat, ein Mensch der Tat. Doch seht: sein Wort, es lebt im Schaffen seines Volkes fort, das, was er lehrte, kühn und unbeirrt vollendet wird. Euch, die ihr trauert, drücken wir die Hand als Unterpfand der Freundschaft und der Solidarität, die nie vergeht.
 Zitiert nach Tägliche Rundschau vom 19. März 1953.

schinenbau wuchs überproportional um das 3,5fache. Die erhöhte Ablieferungspflicht und die überstürzte Kollektivierung – 1952 erreichte der Anteil der Einheitsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche 25 Prozent – bewirkten vorerst keinen Produktionsanstieg. Außerdem wurde der für die Versorgung der Bevölkerung bedeutsame städtische Mittelstand aus der Gesellschaft als ökonomischer Faktor fast vollständig verdrängt. Soziale Errungenschaften für die Lohnabhängigen – Achtstundentag, Weihnachtsgartifikation, Verbot der Nacharbeit für Frauen u.s.w. – wurden seit 1950 abgebaut. Der private Konsum entwickelte sich rascher als das Nationaleinkommen; das Haushaltsdefizit wurde dauerhaft. Im Ergebnis dieser Entwicklung verschlechterte sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Dienstleistungen und Waren des täglichen Bedarfs; das vorhandene politische und soziale Konfliktpotential wurde deutlich angereichert.

Für den Rückgang von Arbeitsmoral und Lebensstandard machte die politische Führung innere wie äußere »Klassenfeinde« verantwortlich. Die im Februar 1948 errichtete »Diktatur des Proletariats« der KPČ-Führung reagierte mit Schauprozessen gegen Wirtschaftsfachleute und kommunistische Funktionäre, aber seit 1950 auch mit Massenrepressalien gegen die sogenannte führende Klasse, die Arbeiterschaft, und deren angeblich bäuerlichen Bündnispartner. Die Ausgaben für Armee, Staatssicherheit und Rüstung stiegen von 1949 bis 1953 auf 236 Milliarden Kronen, während in der gleichen Zeit die Investitionen in die Wirtschaft nur 472 Milliarden Kronen ausmachten. Von 1949 bis 1952 wurden 5 618 Landwirte inhaftiert und über hunderttausend wegen Nichterfüllung der staatlichen Abgabepflicht mit Geldstrafen belegt. Allein von den zwischen 1951 und Mitte 1953 verhafteten 15 210 Personen waren 5 962 Arbeiter und 3 162 Klein- und Mittelbauern. Außerdem existierten als Bestandteile des stalinistischen Repressivsystems Zwangsarbeitslager, in die bis 1952 ohne Gerichtsverfahren 25 000 Personen eingewiesen wurden, und die Technisierten Hilfsbataillone mit 23 865 zwangsweise eingezogenen »Wehrunwilligen« und Andersdenkenden (1952).⁷ Bereits im Dezember 1952 waren gegen diese Politik, die sich gegen Grundinteressen der arbeitenden Bevölkerung richtete, im mährischen Brno zehntausend Bürger auf die Straße gegangen.

Gottwalds Tod und die sogenannte Kollektive Führung in Prag

Wie angespannt die Lage unmittelbar nach dem Ableben Stalins war, verdeutlichen das Bombenattentat auf das Gebäude des KPČ-Stadtausschusses am 7. März 1953, dem Geburtstag des Staatsgründers Tomas Masaryk, im ostböhmisches Hostinne und die Protestdemonstration einiger Hundert Menschen im mittelmährischen Prostejov gegen die Zerstörung des Masaryk-Denkmal am 10. April 1953. Der plötzliche Tode des immer noch populären 57jährigen Klement Gottwald am 14. März 1953⁸ löste Betroffenheit wie Unsicherheit in der Bevölkerung und im Machtzentrum aus, »denn er war einer der wenigen Autoritäten gewesen, die zur Lösung der Krise hätten beitragen können«⁹. Ähnlich wie im Krenl kam es auf der Prager Burg zum Machtgerangel. Der Stadtparteisekretär der Moldaumetropole, Antonin Novotny, empfahl am 18. März 1953 dem sowjetischen Be-

rater in Prag, P. Krekotenj, den bisherigen zweiten Mann nach Gottwald, Regierungschef Antonín Zápotocký, zum Staatspräsidenten zu machen. Denn dieser sei »die einzige politische Persönlichkeit, die Autorität besitzt und auch in der Partei, in den Gewerkschaften und im Volk bekannt ist. Zápotocký ist ein aufrechter Mensch. Schon vor der Ausschaltung Slánskýs (!) führte er den Kampf gegen diesen. Die Schwächen Zápotockýs bestehen darin, daß er die Parteiarbeit nicht kennt, da er zwischen 1927 und 1948 auf dem Gebiet der Gewerkschaften wirkte und danach Regierungschef wurde. Zápotocký ist zu nachgiebig im Charakter und schwach in der organisatorischen Tätigkeit.« Novotný schlug in eigener Sache vor, »aus den Reihen der ZK-Sekretäre einen Ersten Sekretär auszuwählen, der große Erfahrungen in der Leitungsarbeit der Partei besitzt.« Zugleich informierte er über Machtambitionen des slowakischen Parteichefs Viliam Široky, der beabsichtigte, das Amt des Staatspräsidenten abzuschaffen und durch einen Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalversammlung zu ersetzen. Novotný schloß nicht aus, »daß es zwischen den Mitgliedern des Politischen Sekretariats zu Meinungsverschiedenheiten kommen kann. Schon jetzt ist zu spüren, daß Široky mit seinen Anhängern diese Linie durchzusetzen versucht.«¹⁰

Am 20. März 1953 ließ Moskaus neuer Außenminister Molotov Zápotocký wissen, daß keiner der sechs Präsidiumsmitglieder der Nationalversammlung, darunter Široky, für das höchste Staatsamt in Frage komme. Tags darauf konstituierte sich in Prag die sogenannte Kollektive Führung nach Moskauer Vorbild: Das Amt des Staatspräsidenten erhielt Zápotocký, Široky übernahm die Regierung und Novotný wurde Parteichef, erhielt aber die offizielle Bestätigung als Erster Sekretär des ZK – ähnlich wie Chruschtschow – erst im September 1953.

Im Zusammenhang mit seiner Amtsübernahme und angesichts »nationalen Unglücks«, des Todes »unseres weisen und umsichtigen Führers, des wahren Vaters unserer Völker, unseres unvergeßlichen Klement Gottwald«, verkündete der neue Staatspräsident Zapotocky Anfang Mai 1953 eine Amnestie, die sich von den bisher üblichen unterschied. Sie zielte – wenn auch nicht in der Radikalität wie die Berijas vom 28. März 1953¹¹ – auf die Milderung der politischen Spannungen. Erleichtert wurde besonders das Schicksal von Soldaten, Jugendlichen, Müttern, Schwerkranken und Häftlingen, die das 50. bzw. 60. Lebensjahr erreicht hatten. Lebenslängliche Strafen wurden auf zwanzig Jahre Haft heruntersetzt, Geldstrafen unter 30 000 Kronen generell erlassen. Der Gnadenakt – so die Verlautbarung – sollte vor »allem Bürgern zugute(kommen), die mit den volksdemokratischen Gesetzen in Konflikt gerieten und deshalb bestraft werden mußten.« Sie erstreckte sich nicht »auf schwerwiegende staatsfeindliche Handlungen und schwere Fälle von Diebstahl oder Beschädigungen von Volks- und Genossenschaftseigentum.« Er war gedacht als »eine Warnung an alle Volksfeinde, an die Feinde unserer Heimat und des Sozialismus«, aber auch als ein »Aufruf an alle Staatsbürger, die Wachsamkeit gegenüber den Agenten des Klassenfeindes noch zu erhöhen.«¹² Die Amnestie war Teil der Krisenbewältigung, aber weit entfernt von einer Rehabilitierung der Opfer des Staatsterrors zwischen 1948 und 1953.

9 Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, in: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver: 1953, a. a. O., S. 96.

10 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944-1953, Moskva/Novosibirsk 1997, Bd. 2, S. 883 f.

11 Die von Berija am 27. März 1953 veranlaßte Amnestie brachte 1,6 Mio der 2,47 Mio Gulag-Häftlinge (Januar 1953) die Freiheit. Vgl. A. I. Kokurin, I. V. Petrov: GUALG (Glavnoje unpravlenie lagerej) 1917-1960, Moskva 2000, S. 431 ff.

12 Zitiert und vom Verf. übersetzte nach: Rude Pravo, Prag, vom 5. Mai 1953.

Die nächste einschneidende Aktion, die Abschaffung des seit 1939 bestehenden Rationierungssystems für Lebensmittel und Konsumgüter sowie eine Währungsreform, beides zu verwirklichen am 30. Mai 1953, war ursprünglich keineswegs ein Bestandteil des Neuen Kurses. Sie ging noch auf Klement Gottwald zurück, der sie am 7. Januar 1953 mit dem sowjetischen Botschafter in der Tschechoslowakei, A. Bogomolov, abgesprochen hatte. Ähnliches hatten die Führungen Ungarns 1951 und Polens im Januar 1953 eingeleitet, um die soziale Lage zu entspannen: Die Reallöhne der Arbeiter sollten auf Kosten der Bauern angehoben und zugleich der Versuch unternommen werden, eine Balance zwischen Kaufkraft und Warenangebot herzustellen. Unter den veränderten Bedingungen hoffte die neue Führung, gerade mit dieser Politik wesentlich zur Bewältigung der Krise beizutragen.

Die streng geheim vorbereitete Aktion wurde am Samstag, dem 30. Mai 1953, um 17 Uhr im Rundfunk bekanntgegeben. Die Währungsreform sollte – wie Zápotocký intern erläuterte – den großen Kaufkraftüberhang, »der sich zum größten Teil in den Händen des Klassenfeindes, in den Händen der ehemaligen Kapitalisten und Dorfreichen befindet«, beseitigen.¹³ Altguthaben bei Banken und Versicherungen sowie staatliche Schuldpapiere verfielen. Geldbestände wurden nach jeweiliger Höhe der Bar- und Sparguthaben unterschiedlich umgetauscht, das Markensystem für Lebensmittel und Industriegüter aufgehoben. Die Regierung erhoffte sich durch den Zufluß von 14 Milliarden Kronen in die Staatskasse wirtschaftliche Entspannung und Stabilität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen größeren Spielraum für den Wirtschaftsumbau.¹⁴

Die »unbekannten Unruhen« in der Tschechoslowakei

Die durch die Währungsreform verursachte Senkung der Realeinkommen um durchschnittlich zwanzig Prozent wurde zum Auslöser für politische Demonstrationen, spontane Streiks und Unruhen, zu denen es zwischen dem 1. und 4. Juni 1953 in Pilsen, Prag, Ostrava, Bohumin, Koprivnica, Mlada Boleslav, Strakonice, Vimperk, Orlova, Nachod und Dobruška kam. In diesen Tagen wurde 130 Streikaktionen registriert. In Pilsen fanden sich am 1. Juni 1953 gegen 9 Uhr bis zu 15 000 Menschen zusammen, die vor dem Gebäude des Bezirksnationalrats gegen die Währungsreform protestierten. Eine Gruppe von zirka fünfzig Personen besetzte die Rundfunkstation und rief dort zum Sturz des Regimes auf. Erst nach zwanzig Minuten unterbrachen die Sicherheitsorgane die Sendung. Gegen 12 Uhr waren durch den Einsatz von Armee, Nationalem Sicherheitskorps und Polizei – verstärkt durch zwei Bataillone aus Prag – noch 6 000 Menschen auf den Straßen. Nachmittags waren es nur noch kleinere Gruppen: 300 Menschen vor dem Rathaus, 500 Menschen am Masyarak-Denkmal und 800 Menschen am Gericht, von denen etwa sechzig Leute in das Gebäude eindringen. Um 19 Uhr war die »Ordnung« in der westböhmisches Industriemetropole wieder hergestellt. Für die Zeit von 22 Uhr bis zum nächsten Tag früh fünf Uhr wurde eine Ausgangssperre verhängt. Der Sicherheitsberater des KGB in Prag, General Besčastnov, teilte seinem Moskauer Chef Berija am 1. Juni 1953 mit, daß die verhafteten Personen in Speziallager über-

13 Zitiert nach Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 99.

14 Löhne, Gehälter, Stipendien wurden im Verhältnis 5:1 umgerechnet. Mindestlöhne (bis zu 1 200 Kronen), Renten (bis zu 600 Kronen) und vor allem Kinderzulagen aufge bessert. Der Umtausch von Sparguthaben bis zu 5 000 bzw. 10 000 Kronen erfolgte ebenfalls im Verhältnis 5 bzw. 6,25:1, über 10 000 10:1, ab 25 000 25:1 und Guthaben über 50 000 1:30. Die neue Krone mit einem Feingoldgehalt von 0,122426 g wurde gegenüber dem Rubel von 12 auf 1,80 Ksc aufgewertet. Die Preise sanken bei Lebensmitteln um 31 und bei Industriewaren um 37 Prozent. Vgl. Rude Pravo, Prag, vom 31. Mai 1953; Dana Musilová: Měnová reforma 1953 a její socialní důsledky. Studie a dokumenty, Praha 1994.

führt würden. Von den 650 Inhaftierten wurden einen Monat später 331 vom Bezirksgericht Pilsen abgeurteilt. Aus dem streng geheimen Telegramm geht auch hervor, daß am 1. Juni 1953 um 9.30 Uhr in den Prager Rüstungsbetrieben »Stalingrad«, »Prag« und »Aero« 5 000 Arbeiter in den Streik getreten waren und auf Versammlungen im Betriebsgelände eine Überprüfung der Geldreform verlangt hatten. Nach zwei Stunden hatten sie ihre Arbeit wieder aufgenommen. In der Hauptstadt wurden 61 Personen, in den Gebieten Ostrava (Ostrava, Bohumin), Budejovice (Motorradwerke in Strakonice) 84 bzw. 18 Personen verhaftet.¹⁵

Bereits in der Nacht zum 2. Juni 1953 informierte Innenminister Berija über das Geschehen in der Tschechoslowakei Regierungschef Malenkov und machte auf ein Kernproblem der Politik gegenüber Osteuropa aufmerksam: Die regierungsfeindlichen Auftritte in Pilsen und Prag gegen die Währungsreform »müssen wir als Signal dafür werten, daß wir keine ausreichenden Vorstellungen über die tatsächlichen Zustände der inneren und wirtschaftlichen Lage in der Tschechoslowakei haben ... Im Zusammenhang mit den Ereignissen ... ist festzustellen, daß wir auch über die aktuelle politische und ökonomische Situation in den anderen Ländern der Volksdemokratie unzureichend Bescheid wissen. Die Ratschläge, die wir unseren Freunden geben, sind ... unsystematisch und in einer Reihe von Fällen nicht mit den wirtschaftspolitischen Aufgaben verbunden. Darüber hinaus muß man offen zugeben, daß unsere Empfehlungen nicht immer nutzbringend waren. Man erinnere nur an den Donau-Schwarzmeer-Kanal in Rumänien. Diese Lage erklärt sich vor allem daraus, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau unter aller Kritik arbeitet und keine grundlegende Rolle in der Koordinierung der Ökonomie zwischen den Volksdemokratien und der UdSSR spielt ... So wurde z. B. in Polen eine derart umfangreiche Rüstungsproduktion aufgebaut, die völlig nutzlos ist, weder für die anderen Länder gebraucht noch für die zivile Produktion der Polen genutzt werden kann.«

Berija informierte Malenkov weiterhin darüber, daß sich das, »was sich in der Tschechoslowakei ereignete, auch in anderen Ländern wiederholen und zu noch größeren unerwünschten Folgen führen kann. Um das zu vermeiden, muß von unserer Seite eine weitaus aktivere und qualifiziertere Hilfe bei der richtigen Organisation des Staatsaufbaus und der Wirtschaft der Volksdemokratien gegeben werden. ... Was die gegenwärtig entstandene Lage in der Tschechoslowakei betrifft, halte ich es für zweckmäßig umgehend diese Frage zu erörtern und mit den tschechoslowakischen Freunden die erforderlichen Empfehlungen auszuarbeiten.«¹⁶

Erstmals öffentlich äußerte sich Staatspräsident Zápotocký am 10. Juni 1953 – in Anwesenheit prominenter Partei- und Regierungsvertreter des Landes – zu den Ereignissen der vorangegangenen Tage vor der Belegschaft des Prager Großbetriebes »ČKD Sokolovo« (ehemals Kolben-Danek). Er räumte ein, daß die Währungsreform nicht nur beim »Klassenfeind«, sondern auch bei jenen Bürgern, die mit »unserer Regierung noch nicht verwachsen sind, große Bestürzung hervorgerufen« habe. Am Geschrei der in- und ausländischen Reaktion könne man allerdings ersehen, daß »unser Schlag gesessen hat.« Er gestand zwar ein, daß auch Arbeiter Opfer bringen mußten,

15 Vgl. Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 921-923. In der tschechoslowakischen Presse erschienen Anfang Juni 1953 widersprüchliche Meldungen zu den Ereignissen von Pilsen und Ostrava. Vgl. Rudé Právo, Pilsen, vom 2. und 5. Juni 1953, Nova Svoboda, Ostrava, vom 7. Juni 1953.

16 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 918 f.

aber vor allem seien den Reichen und Schiebern ihre versteckten Geldreserven entzogen worden. Die Währungsreform sei ein Garant für die langfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse und den Leistungsanstieg. Die Löhne würden künftig »nur in dem Maße steigen, wie die Produktion und die Arbeitsproduktivität steigt, und die Folge davon wird das Absinken der Preise sein.« Es habe sich um Maßnahmen gehandelt, »die uns eine bessere Bewertung der Arbeit, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, neue Werte, bessere Marktversorgung und damit erhöhte Befriedigung der steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse bringen sollen.«

Auf die Frage, ob wirklich alle mit den neuen Maßnahmen einverstanden seien, antwortete er: »Keineswegs, es hat auch Proteste gegeben ... Sehr geschadet hat uns die Undiszipliniertheit derjenigen Direktoren, der Betriebsleitungen und Ämter, die trotz ausdrücklicher Weisung die Gehälter im Monat Mai nicht ausbezahlen.« Er kritisierte, daß der Geldumtausch unzureichend vorbereitet worden sei, daß in vielen Umtauschstellen nicht ausreichend neues Geld vorhanden war, daß die Bürger stundenlang haben Schlange stehen müssen.¹⁷

Am folgendem Tag begründete der Staatspräsident und langjährige Gewerkschaftsführer vor Vertretern aller Bezirksleitungen der KPC seine harte Linie gegenüber den Streikenden: Arbeiter hätten kein Recht, ohne Gewerkschaftszustimmung in den Streik zu treten. »Wir dürfen nicht denken, daß dem Arbeiter alles erlaubt ist. Sobald der Arbeiter auf der Seite des Klassenfeindes auftritt, gebe ich mir keine Mühe, ihn zu überzeugen. In diesem Falle mache ich ihm seine Tätigkeit unmöglich. ... Wir haben allen Grund dafür, eine starke Hand zu zeigen.«¹⁸

Während eines Treffens in der zweiten Junihälfte 1953 in Moskau (der genaue Termin konnte bisher nicht ermittelt werden) wurde der tschechoslowakischen Führung empfohlen, die Wirtschaftspolitik neu zu bestimmen und den Fünfjahrplan zu korrigieren. Unter dem Eindruck der DDR-Ereignisse hakte Außenminister Molotov am 20. Juni 1953 nach: »Es wäre richtig, wenn die tschechoslowakischen Freunde ihre gegenwärtigen wirtschaftlichen Pläne für die Industrie und die Landwirtschaft in Ordnung brächten, ernsthafte Plankorrekturen vornehmen würden. Teilen Sie die Ergebnisse telegrafisch mit!«¹⁹ Am 26. Juni 1953 beschlossen das Politische Sekretariat des ZK der KPC und die Regierung der CSR die nächsten Schritte zur Krisenbewältigung. Festgelegt wurde, die Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln zu verbessern, die Finanzdisziplin zu festigen, die Selbstkosten zu senken, einige geplante industrielle Großprojekte aus dem laufenden Fünfjahrplan herauszunehmen. Moskau hatte allerdings kritische Einwände gegen die von Novotný anvisierten »Säuberungen« der Gewerkschaften und des Partei- und Staatsapparats von jenen Personen, die in den kritischen Tagen Anfang Juni 1953 »kleingläubig und schwankend waren oder manchmal auch feindliche Positionen bezogen« hätten. Das könne unter den gegenwärtigen Bedingungen nur zu weiteren Unzufriedenheiten in der Bevölkerung führen.²⁰

17 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Rudé Právo, Prag, vom 11. Juni 1953.

18 Zitiert nach Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 102.

19 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 926, Anm. 2.

20 Vgl. ebenda, S. 934 f.

Ein Kurs, der die Bezeichnung »neu« nur bedingt verdient

Die Diskussion um eine neue politische und wirtschaftliche Strategie nach Stalins Tod war auch in der Tschechoslowakei beeinflusst von der

veränderten Politik des sowjetischen Führung, vor allem von der Rede Malenkovs am 8. August 1953, in der die veränderte Strategie seit Stalins Tod als Neuer Kurs definiert wurde. Er zielte auf eine Verstärkung der Produktion von industriellen Konsumgütern, auf größere Effizienz in der Landwirtschaft und eine grundlegende Anhebung der Lebensbedingungen der Werktätigen. Dieser Begriff wurde bald zur allgemeinen Bezeichnung für Veränderungen der politischen Praxis der sowjetischen Partei- und Staatsorgane, um das Sowjetsystem stalinistischer Prägung aus der tiefen Krise herauszuführen.²¹

Die Prager Führung erarbeitete den Kurswechsel in laufenden Konsultationen mit Moskau, aber auch unter Beachtung der Ereignisse des 17. Juni in der benachbarten DDR. Das entstandene Führungsdokument, die sogenannten Augustthesen, wurden Ende August 1953 im Kreml während eines geheimen Treffens mit der Troika Zápotocký-Novotný-Široky abgesehen. Staatspräsident Zápotocký begründete in seinem Bericht nicht nur den Umbau der Wirtschaft, er hatte das Reformprogramm breiter angelegt. Doch Parteichef Novotný ließ nicht zu, daß die wenigen Ansätze einer politischen Reform (Revision der politischen Prozesse und Rehabilitierung politischer Gefangener, Überwindung der diktatorischen Methoden des Parteiapparates usw.) auf die Agenda des Septemberplenums 1953 kamen.²² Trotzdem führten sowohl der Kurs auf Erweiterung der Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion sowie auf Förderung des staatlichen und privaten Wohnungsbaus als auch die im Oktober 1953 beginnenden regelmäßigen Preissenkungen zur spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen. Dabei war die mit dem internationalen Entspannungsprozeß seit Frühjahr 1953 beginnende Umstellung von Teilen der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion ein wichtiges Moment. Der auf die Wirtschaftspolitik begrenzte sogenannte Neue Kurs führte zu einem längerfristigen Konsens zwischen Volk und Herrschaftselite.

Nicht zuletzt deshalb war der gegen die Tschechoslowakei gerichteten US-Diversions-Strategie von »Free Europe Press« und »Radio Freies Europa« mit der verlogenen Bezeichnung »Prospero« (Wohlstand) – seit 13. Juli 1953 warfen 6512 Ballons zwölf Millionen Flugblätter ab –, die darauf zielte, die damals »unbekannten Pilsner Unruhen« zu einem antikommunistischen Aufstand auszuweiten, kein Erfolg beschieden. Es folgte ein Jahr später, unmittelbar vor den Parlamentswahlen im Mai 1954, die Operation »Veto« (»Einspruch«), während der »Zehn Forderungen der Volksopposition« in einer Auflagenhöhe von zwanzig Millionen Exemplaren mittels hunderttausend Ballons abgeworfen wurden.²³

Die stabilisierte Lage schien die neostalinistische Novotný-Fraktion von der Notwendigkeit zu entbinden, das politische Regime zu reformieren und den Raum politischer Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu erweitern. Das Ausschalten und Verteufeln Berijas im Sommer 1953 ermöglichte dem Novotný-Regime – ähnlich wie denen in der UdSSR, der DDR, Rumänien und Polen –, zunächst eine Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus zu umgehen. Mehr noch: Die bisherige Repressionspolitik wurde auch nach Stalins und Gottwalds Tod weitergeführt. Da es offenbar – anders als in Ungarn – auch keine Zügelung aus Moskau gab, setzten

21 Vgl. Pichoja: O vnutropoliticheskoj bor'be v sovetskom rukovodstve 1945-1958, in : novaja i novejšaja istorija, Moskva 1995, Nr. 6, S. 7 f.

22 Vgl. Regierungserklärung von Viliam Siroky in der Nationalversammlung vom 15. September 1953: in: Rúde Právo, Prag, vom 16. September 1953.

23 Auf einem der drei unterschiedlichen Flugblätter war ein neu eingeführter Ein-Kronen-Schein mit dem folgenden Text abgedruckt: »Hunger-Krone – ein Geschenk der Sowjetunion. Das ist der Beweis für den Bankrott Eurer Regierung und den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Fünf-Jahr-Planes, dies soll Euch daran erinnern, was Euch die Regierung gestohlen hat. Dies ist die Aufforderung zu kämpfen, dies ist die Forderung, die gesamte Kraft des Volkes an der Schwäche des Regimes zu messen und Widerstand zu leisten so viel und so gut es möglich ist. Die Völker der anderen von der Sowjetunion versklavten Staaten vereinigen sich, und sie werden Euch in Eurem Kampf unterstützen. Die freie Welt steht hinter Euch. Alle Macht dem Volk! ... Das Regime wird schwächer und ängstlicher vor Euch. Die Macht liegt beim Volk, und das Volk steht gegen das Regime. Vereinigt und mobilisiert Eure Macht! Nieder mit den Kolchosen. Besteht auf dem Recht der Arbeiter. Fordert heute Zugeständnisse, morgen die Freiheit!« (Zitiert nach Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy 1947-1991, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 448 ff.)

Gottwalds Nachfolger sogar Nachfolgeprozesse zum Prozeß gegen das »Verschwörerzentrum« um Generalsekretär Rudolf Slánský bis Ende 1954 fort. Anzuführen sind vor allem die Prozesse gegen hochrangige Parteifunktionäre (Maria Švermová), Diplomaten (Eduard Goldstücker), Ökonomen (Josef Smrkovský), Geistliche, Schriftsteller, Beamte des Innenministeriums (Josef Pavel), Generäle der Armee, »slowakische bürgerliche Nationalisten« (Gustav Husák) und sogenannte Trotzlisten.

Da die Unruhen in der einstigen sozialdemokratischen Hochburg Pilsen ihren Ausgang genommen hatten, setzte Parteichef Novotný den Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« auf die Tagesordnung und machte dem im Dezember 1953 von Geheimagenten aus Österreich entführten ehemaligen Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokratie Bohumil Laušman den Prozeß.²⁴ Symbolisch für die Weiterführung des stalinistischen Kurses auf der politischen Ebene war die Enthüllung eines Denkmals für Stalin am 1. Mai 1955 in der Moldaunmetropole.

Mit dem Aufstieg Chruschtschovs und dem Machtverlust Malenkovs gingen auch konstruktive Ansätze des Neuen Kurses in der Tschechoslowakei mehr und mehr verloren. Vor allem die scharfe Kritik Moskaus im April 1954 an der gemäßigeren Politik Zápotockýs sowie die Ablösung Malenkovs ein Jahr später festigte den Führungskern um Parteichef Novotný und deren Doktrin: Gottwalds Kurs vom Februar 1948 sei richtig und bedürfe keiner Korrektur, es habe lediglich zeitweilige Fehler bei der Umsetzung gegeben. Als sich Zápotocký politisch mehr und mehr zurückzog, begann der Neue Kurs »an Auszehrung zugrunde zu gehen, bevor er sich richtig durchgesetzt hatte.«²⁵ Der nächste, viel ernster gemeinte, Versuch zur Entstalinisierung – unter dem Reformkommunisten Alexander Dubček 1968 – scheiterte an der sowjetischen Militärintervention.

Neostalinismus des rumänischen Diktators

Im Unterschied zur DDR und zur Tschechoslowakei wurden 1953 in Polen, Rumänien, Bulgarien und Albanien lediglich schwache und lokale antistalinistische Aktivitäten registriert. Die alten Machttechniker, die Stalins im osteuropäischen Kleinformat, blieben am Ruder und setzten die Politik der Repressionen ohne Moskaus Order fort. Lediglich im ökonomischen Bereich gab es Korrekturen. Rumäniens Partei- und Staatschef Gheorghiu-Dej hatte seit 1949 das Land mit brachialer Gewalt sowjetisiert, die Wirtschaft durch Kollektivierung, unwirtschaftliche Prestigeprojekte und Aufstockung der Armee von 138 000 auf 700 000 Mann ruiniert. Nach den Trauerfeiern in Bukarest und in »Orasul Stalin« – Stalinstadt –, dem ehemaligen Braşov (Kronstadt), reagierte der treueste Vasall Stalins unwillig auf die Kursveränderungen des Kreml. Zwar wurden 9 350 Personen, darunter 2 215 sogenannte Kulaken, 1 695 Mittelbauern und 2 125 Dorfarme, im April 1953 amnestiert, doch erst 1954 wurde begonnen, das Zwangsarbeitslager in der Bagran-Tiefebene zwischen Bukarest und Černavodá – die hierher von 1949 bis 1952 verschleppten zehntausend rumänischen und fünftausend rumäniendeutschen Familien hausten in Erdlöchern oder in der freien Steppe – aufzulösen. Der Lagerkomplex »Scalia« im Donaudelta (Große Insel von

24 Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986.

25 Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 102.

Brăila) und das »Umerziehungslager« von Auid blieben weiterhin bestehen. Während Berija die sogenannten Ärzteverschwörer rehabilitierte, kamen in Bukarest die politischen Prozesse erst richtig in Gang. Dej mußte auf Drängen Molotovs die einst führende Kommunistin Ana Pauker, das »Haupt der zionistischen Verschwörung«, Ende März 1953 zwar freilassen, aber ihr engster Mitstreiter, der Ungar Vasile Luca, erhielt ein Jahr später fünfundzwanzig Jahre Zuchthaus. Seinen gefährlichsten Rivalen, den eigentlichen Architekten eines demokratischen und nationalen Weges Rumäniens nach 1944, Lucrețiu Pătrășcanu, ließ der Bukarester Diktator im April 1954 in dem berühmten Gefängnis von Jilava hinrichten. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß Dej noch 1961 seine Repressionspolitik westlichen Politikern und der eigenen Bevölkerung als »Entstalinisierung« verkaufte: Man habe endlich Rumänien von »fremden Elementen« gesäubert.

Halbherzig schloß sich das ZK der Rumänischen Arbeiterpartei am 19./20. August dem sogenannten Neuen Kurs Malenkovs an. Der vom Gulag-System getragene Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurde eingestellt. Durch die stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Konsumgüter und Nahrungsmittel konnte die Lebensmittelrationierung 1954 aufgehoben werden. Dennoch blieb der Lebensstandard außerordentlich niedrig, erreichte nicht einmal den Vorkriegsstand. Auch der Forderung nach Ämtertrennung kam Dej 1954 pro forma nach, indem er seinem Höfling Gheorge Apostol, bisheriger Landwirtschaftsminister, den Posten des Ersten Sekretärs des ZK für ein Jahr abgab. Als nach Malenkovs Ablösung das Parteiamt zur Schlüsselfrage der Macht wurde, ernannte sich der »Balkanmachiavelli« im Oktober 1955 wieder zum Parteichef und gab den Premierposten an dem ergebenen Chivu Stoica ab.²⁶

Nur in Ungarn beginnt ein alternativer Kurs zum Stalinismus.

Nur in Ungarn gab es im wahrsten Sinne des Wortes zwischen Juni 1953 und April 1955 einen wirklichen neuen Kurs, also hoffnungsvolle Schritte eines Umbaus des ungarischen stalinistischen Systems in eine national bestimmte demokratische sozialistische Gesellschaft. Infolge der überhitzten Industrialisierung und der kriegskommunistischen Politik gegenüber den Bauern war es schon seit Sommer 1952 in den Komitaten Bacs-Kiskun, Bekes und Pécs zu Unruhen gekommen. Das Regime der persönlichen Macht des treuesten Stalin-Schülers Mátyás Rákosi konnte sich nur noch durch Massenterror am Leben erhalten. Wurden von 1949 bis 1951 in Strafverfahren 295 000 Personen abgeurteilt, so stieg diese Zahl 1952 auf etwa eine halbe Million.

Erst nach sowjetischem Druck auf Kursänderung Ende Mai 1953 schlug Rákosi am 3. Juni 1953 im ZK-Sekretariat vor, die Wirtschaftspläne zu überprüfen, die Partei- und Staatsämter zu trennen und eine Amnestie zum Nationalfeiertag im August 1953 zu erlassen. Die Ereignisse in Prag und Pilsen veranlaßten das Kreml-Triumvirat, die Kurs- und Kaderveränderungen in Budapest ohne Zeitverluste durchzusetzen. Das wurde zwischen dem 12. und 14. Juni 1953 nicht nur mit Rákosi und seinem Stellvertreter Ernő Gerő ausgehandelt, sondern auch mit einem von Moskau eingeladenen Personen-

26 Vgl. Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 886 ff., 892 ff., 939 ff. und 951 ff.; Thomas Kunze: Nicolae Ceaușescu. Eine Biographie, Berlin 2000, S. 94 ff. und S. 106 ff.

kreis: dem parteilosen Staatspräsidenten István Dobi, dem Budapester Parteichef Rudolf Földavari, dem Chef des Sekretariats beim Ministerpräsidenten, Béla Szalai, den Ministern für Staatsgüter und Landwirtschaft, István Hidas und András Hegedüs. Überraschend war die Teilnahme von Imre Nagy, der schon im russischen Bürgerkrieg auf seiten der Bolschewiki gekämpft und als Kominternfunktionär im Moskauer »Radio Kossuth« gegen den Faschismus tätig gewesen war. Als Landwirtschaftsminister hatte er sich 1944/45 den Ehrennamen »Vater der ungarischen Bodenreform« erworben. 1949 war er von Rákosi wegen »rechtsnationalistischer Abweichung« und »Bucharinismus« politisch verbannt worden. Aber im Zusammenhang mit den »antizionistischen Säuberungen«, die auch Ungarn erreichten, hatte ihn Moskau im November 1952 als stellvertretender Ministerpräsident auf die politische Bühne zurückgeholt.

Malenkov eröffnete die mehrtägige Beratung sowohl mit Selbstkritik als auch mit der Unterstreichung des sowjetischen Führungsanspruchs: »Wir als Kommunisten sind allesamt verantwortlich für die Dinge in Ungarn. Auch die Sowjetunion ist dafür verantwortlich, was für ein Regime in Ungarn herrscht.« Ausgehend von seinem Aufgabenbereich, stellte Berija dem Verantwortlichen für den ungarischen Sicherheitsdienst AVH, Rákosi, die Frage: »Ist es in Ungarn akzeptabel, daß bei einer Bevölkerung von 9,5 Millionen Verfahren gegen 1,5 Millionen im Gange sind?« Er verlangte, gemäß der Neuerung des Kremls, auch in Ungarn die Geheimpolizei dem Innenministerium zu unterstellen. Es sei angebracht, daß der Regierungschef (hier spielte er auf Rákosis jüdische Herkunft an, K.-H. G.) »ein Ungar ist«, und schlug dafür Imre Nagy vor. »Rákosi, ein Genosse mit großer Erfahrung«, solle weiter die Partei führen.²⁷ Das in einer Klausurberatung von den Ungarn ausgearbeitete Dokument wurde abschließend absegnet. Moskau bestimmte auch, wer die Machtministerien (Inneres, Verteidigung) zu übernehmen hatte.

Das am 27. Juni 1953 in der erweiterten ZK-Sitzung beschlossene Programm war mehr als eine Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik, wie sie in Berlin, Prag oder Bukarest vorgenommen wurde, sondern das für die damalige Zeit radikalste reformkommunistische Programm, eine Alternative zur Ideologie und Politik des ungarischen Stalinismus.²⁸

Das von Imre Nagy auf der Nationalversammlung am 4. Juli 1953 verkündete Regierungsprogramm wurde von der Bevölkerung mit großen Hoffnungen aufgenommen und trug entscheidend zur Entspannung der zugespitzten politischen Lage bei. Großprojekte wie das Hüttenwerk in Sztalinvaros (Stalinstadt) und die Budapester U-Bahn wurden gestoppt. Es ging um den Umbau des Wirtschaftssystems nach den Grundbedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Einer der wichtigsten Eckpfeiler war das für drei Jahre konzipierte Landwirtschaftsprogramm, das auf leistungsfähige Bauernwirtschaften setzte. Die Zahl der Genossenschaftsbauern ging von 376 000 auf 250 000 zurück. Die großen Vorräte des Akkumulationsfonds wurden für die Lebensmittel- und Konsumgüterproduktion, den Bau und die Sanierung von Wohnungen sowie für Lohn- und Gehaltserhöhungen für fast eine Million Beschäftigte umgeleitet.

Auseinandersetzungen entbrannten vor allem zwischen den Stalinisten um Rákosi und den Reformkommunisten um Nagy wegen der

27 Zitiert nach Janos M. Rainer: Ungarn 1956. Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung 1953-1956, in: Satelliten nach Stalins Tod. Der neue Kurs 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956, Berlin 1999, S. 145 ff.

28 Zum Wortlaut des Dokuments in deutscher Sprache vgl. György Litvan, Janos Bak (Hg.): Die ungarische Revolution 1956, Wien 1996, S. 36 ff.

Überwindung des Massenterrors und Rehabilitierung seiner Opfer. Die Amnestie vom 24. Juli 1953 gab 784 000 Ungarn die Freiheit zurück. Aufgehoben wurde die Zwangsaussiedlung von 14 486 Bürgern aus Budapest und aus anderen Städten. Aus den vier Internierungslagern der AVH kamen bis Oktober 3 234 von 5 000 Inhaftierten frei, ebenso alle auf die Hortobagy verbannten 7 281 Menschen. Geldstrafen für 427 000 Personen wurden annulliert. Die Revision der Schauprozesse begann. Die Sozialdemokratin Ana Kethly, der Kommunist János Kádár u. a. erhielten die Freiheit. Allerdings gelang es der Rákosi-Gruppe mit stiller Duldung Moskaus, die Rehabilitierung der Opfer des ersten und größten osteuropäischen Schauprozesses gegen Laszlo Rajk und Genossen zu verhindern, angeblich um die Autorität der Partei nicht zu schädigen.²⁹

Mit dem Schriftstellerkongreß im Oktober 1953 entstand allmählich eine freiere öffentliche Atmosphäre, die an das sowjetische Tauwetter erinnerte. Ungeachtet der Fortschritte des ungarischen Reformkurses starteten die US-«Befreiungsstrategen» 1954 die »Operation Focus« gegen Ungarn. Auf das Land fielen durch eine Ballonaktion allein am 1. Oktober 1954 eine Million Exemplare der sogenannten Zwölf Forderungen der »Nationalen Opposition«, abgekürzt NEM, also »Nein« gegen die Nagy-Regierung. Sicherlich sollten damit auch Assoziationen an revisionistische Forderungen gegen Trianon (1920) ausgelöst werden: »Nem, Nem, soha! – Nein, nein, niemals!«.

Als es mit dem Neuen Kurs im Frühjahr 1955 zu Ende ging, endete auch die Diversionsaktion »Focus« – allgemein übersetzt als »Brennpunkt«, im medizinischen auch als »Krankheitsherd« bezeichnet.³⁰ Der Machtkampf im Kreml entschied das Schicksal des Neuen Kurses in Ungarn. Berijas Verhaftung Ende Juni 1953 gab Rákosi zwar Auftrieb, aber keinen Machtzuwachs, denn Nagy konnte seine Positionen im Windschatten des im August 1953 verkündeten sowjetischen Neuen Kurses erhalten. Chrustschovs Aufstieg und Malenkovs Ablösung im Frühjahr 1955 beendeten das einzigartige antistalinistische Reformprojekt Osteuropas. Wohl auch, weil es Grenzen des von Moskau definierten sogenannten Neuen Kurses überschritten hatte.

Chrustschov sah in der fehlenden Einheit der ungarischen Führung die Hauptgefahr für die künftige Stabilität; zudem noch in einem Land, das in absehbarer Zeit infolge der zu erwartenden Unabhängigkeit Österreichs zu einem Frontstaat an der Trennlinie der Systeme aufrücken würde.

Aber auch, als Nagy im April 1955 als Ministerpräsident abgelöst und acht Monate später aus der Partei ausgeschlossen wurde, gab es noch Hoffnungen. Der Neue Kurs hatte Kräfte freigesetzt, die schwer zu bändigen waren. Sie formierten sich als ein beachtliches reformkommunistisches Oppositionspotential. Der charismatische Imre Nagy, den der ungarische Historiker Gosztony als eine »Art Vorgänger von Alexander Dubček in Prag 1968« versteht, der »echte Popularität im Lande« genoß³¹, erhielt im Krisenjahr 1956 eine neue Chance. Daß ihm wiederum nicht Erfolg beschieden war, lag vor allem an Chrustschov Intervention im Herbst 1956.

29 Vgl. Janos M. Rainer: Ungarn 1956. Die Krise, S. 157 ff. Imre Nagy über den Streit um die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus: »Anlässlich unserer Besprechung in Moskau vor dem III. Parteitag im Mai 1954 hat ... Genosse Chrustsov gesagt: ›Für die Verhaftungen ist Rákosi verantwortlich. Er will sie deshalb nicht freilassen, weil er weiß, daß er der Schuldig ist und daß er sich kompromittiert. ... Der Genosse Chrustsov riet uns, ›die Rehabilitierung in einer Weise durchzuführen, daß Rákosis Autorität nicht zu Grunde gerichtet wird.‹ Damit seine Worte nicht mißverstanden würden, fügte er jedoch hinzu: ›Wir schützen Rákosis Autorität so lange als es nicht auf Kosten der Autorität der Partei geschieht. Es kann nämlich passieren, daß unter dem Vorwand der Wahrung der Autorität Rákosis die alte Politik zurückkehrt. ... Nicht Schweigen und Vertuschen erhöhen die Autorität der Partei, sondern eine aufrichtige Sprache.‹ ... Ich habe im Politbüro ... für die Durchsetzung des gleichen Standpunktes gekämpft.« (Zitiert nach Imre Nagy: Politisches Testament. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hugh Seton-Watson, München 1959, S. 336f.)

30 Vgl. Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus, S. 457 ff.

31 Peter Gosztony: Der Volksaufstand in Ungarn 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 48 (1996), B37-38, S. 4.